

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Öllinger, Schatz, Freundinnen und Freunde

betreffend Mehr Geld für arbeitslose Menschen! Jetzt!

eingebraucht im Zuge der Debatte über Antrag der Abgeordneten Renate Csörgits, Barbara Riener, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsmarktservicegesetz, das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, das Landarbeitsgesetz 1984 und das Beschäftigungsförderungsgesetz geändert werden (Beschäftigungsförderungsgesetz 2009; 424/A, XXIV GP) in der Fassung des Ausschussberichts (57 dB, XXIV GP)

Mehr Geld für arbeitslose Menschen! Jetzt!

Der drohende deutliche Anstieg der Zahl arbeitsloser Menschen ist Grund genug, sich mit der Lebenssituation lohnarbeitsloser Menschen auseinanderzusetzen.

Der Publikation „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2006“ der Statistik Austria ist zu entnehmen, dass der Anteil der armutsgefährdeten Menschen in der Gruppe der arbeitslosen Menschen bei 33%, bei von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen sogar bei 40% liegt.

Einer von drei arbeitslosen Menschen und vier von zehn langzeitarbeitslosen Menschen sind somit von sozialer Ausgrenzung bedroht und laufen Gefahr, selbst auf einfachste Selbstverständlichkeiten des Alltags verzichten zu müssen, weil das Einkommen nicht ausreicht: Das beginnt bei der Unmöglichkeit, den eigenen Kindern die Teilnahme an Schulveranstaltungen wie etwa einen Skikurs zu ermöglichen, geht über die Qualität der Lebensmittel oder der Wohnung bis hin zur Verschuldung und dem Verlust der Wohnung.

Ein Mensch, der in einem Jahr sechs Monate das durchschnittliche Arbeitslosengeld und sechs Monate die durchschnittliche Notstandshilfe erhalten hat, erreicht nur 75% der Armutsgefährdungsschwelle. Um die Armutsgefährdungsschwelle zu erreichen, müsste sein Einkommen um ein Drittel erhöht werden. Noch viel schlimmer trifft ein niedriger Bezug Menschen in der Notstandshilfe. Wer ein ganzes Jahr lang auf die durchschnittliche Notstandshilfe angewiesen ist, erreicht nur knapp 52% der Armutsgefährdungsschwelle. Dieses Einkommen müsste also verdoppelt werden, um vor Armut zu schützen.

Regierung vergisst arbeitslose Menschen!

Österreichische Lohnarbeitslose haben – anders etwa als PensionistInnen oder Menschen mit Erwerbseinkommen bis € 1350,- - keine Unterstützung zur Bewältigung der hohen Inflation oder der hohen Energiekosten des letzten Jahres erhalten. Sie haben nichts davon, dass ein Bankenrettungspaket geschnürt wird oder eine Steuerreform bevorsteht.

Arbeitslose Menschen profitieren weder von der Rettung der Banken noch von einer Steuerreform. Sie sind die größte Gruppe von Menschen, die bisher keine Unterstützung bei der Bewältigung von Inflation, Heizkosten – und Lebensmittelpreissteigerungen erfahren haben. **DAS MUSS SICH ÄNDERN!**

Österreich hat eine der niedrigsten Arbeitslosenleistungen der EU!
Österreich hat in der Arbeitslosenversicherung mit 55% eine der niedrigsten Nettoersatzraten Europas. Das bedeutet, dass lohnarbeitslose Menschen in Österreich bei Arbeitslosigkeit nur 55% dessen erhalten, was sie während ihrer Erwerbstätigkeit verdient haben. Über 83% aller lohnarbeitslosen Menschen erhalten Bezüge, die unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen.

Eine geringfügige Erhöhung der Nettoersatzrate in der Arbeitslosenversicherung ist im Regierungsprogramm vorgesehen, jedoch an Bedingungen geknüpft (Einführung der Mindestsicherung durch die Bundesländer, die jedoch gegenwärtig von Kärnten blockiert wird). Ebenso sieht die Regierungsvereinbarung geringfügige Verbesserungen bei der Berechnung der Notstandshilfe vor. Angesichts der unglaublich niedrigen Einkommen der Betroffenen ist dies jedoch bei Weitem nicht ausreichend, um die Armutsgefährdung bei arbeitslosen Menschen zu verringern.

Die niedrige Ersatzrate in der Arbeitslosenversicherung bekommt in der aktuellen Wirtschaftskrise noch eine zusätzliche Dimension: Das Arbeitslosengeld gilt auch als Bezugsgröße für die Kurzarbeitsentschädigung. Das niedrige Arbeitslosengeld wird somit auch für Menschen mit Job ein Problem!

Angesichts stark steigender Arbeitslosenzahlen werden in den nächsten Monaten immer mehr Menschen von diesem Problem betroffen sein. Die Nettoersatzrate in der Arbeitslosenversicherung muss daher schnell und deutlich angehoben werden.

Österreich kennt keine Wertsicherung bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe
Wer in Österreich arbeitslos wird und in der Folge auf Notstandshilfe angewiesen ist, erhält in der Folge immer den selben Betrag, selbst wenn er/sie über Jahre hinweg darauf angewiesen ist. Die fehlende Wertsicherung dieser Bezüge hat dazu geführt, dass die durchschnittliche Notstandshilfe seit dem Jahr 2000 um mehr als acht Prozent an Kaufkraft verloren hat.

Eine Anpassung von Bezügen aus der Arbeitslosenversicherung zumindest im Ausmaß der Inflation ist daher unbedingt erforderlich!

Mehr Geld für arbeitslose Menschen! Jetzt!

In der Öffentlichkeit vorgebrachten Argumente gegen eine Erhöhung der Nettoersatzrate sind Scheinargumente und oftmals falsch:

- Es gibt keinen erkennbaren negativen Zusammenhang zwischen der Höhe der Nettoersatzrate in der Arbeitslosenversicherung und der Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme. Im Gegenteil: Menschen mit niedrigen Einkommen müssen sich zuallererst um die sofortige Stabilisierung ihrer prekären Lebenssituation bemühen und werden dadurch sogar bei der Suche nach neuer Beschäftigung behindert.

- Der angeblich fehlende Kündigungsschutz in Ländern mit hoher Nettoersatzrate ist ein Märchen! In Dänemark, dem EU-Land mit der höchsten Nettoersatzrate in der Arbeitslosenversicherung, ist der Kündigungsschutz in Kollektivverträgen festgeschrieben und entspricht in weiten Teilen den in Österreich gegebenen gesetzlichen Bedingungen.

Die Verbesserung der Lebenssituation von arbeitslosen Menschen ist gerade angesichts des drohenden Anstiegs der Arbeitslosigkeit ein Gebot der Stunde. Eine Erhöhung der Nettoersatzrate sowie die Wiedereinführung einer Wertsicherung hilft nicht allein den betroffenen arbeitslosen Menschen, sondern ist auch ein Beitrag zur Überwindung der gegenwärtigen Krisensituation, da gerade Menschen mit niedrigen Einkommen zusätzliches Geld für den Konsum ausgeben.

Die Politik hat die Situation arbeitsloser Menschen in den letzten Jahren ignoriert. Es ist höchst an der Zeit, die Versäumnisse der letzten Jahre nachzuholen und die Fehler zu korrigieren.

Die Landtage von Wien und der Steiermark haben die Bundesregierung aufgefordert, die Nettoersatzrate in der Arbeitslosenversicherung zu erhöhen. VertreterInnen aller politischen Parteien haben sich dieser Forderung angeschlossen. Gegenüber der Tageszeitung Österreich fordert etwa die Salzburger Landeshauptfrau Burgstaller die Erhöhung der Nettoersatzrate mit der grundsätzlich richtigen Begründung: „Bisher erhält man im Regelfall nur 55 Prozent des vorangegangenen Nettoeinkommens. Eine arbeitslose Alleinerzieherin hat weiter 100 Prozent der Kosten zu tragen“. Unterstützt wird diese Forderung auch von der Wiener und der steirischen SPÖ sowie der steirischen ÖVP (dort auch der FPÖ und KPÖ), die alle einem entsprechenden Antrag der Grünen zugestimmt haben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestens, spätestens jedoch bis 1. April 2009, einen Gesetzesantrag zuzuleiten, mit dem die Nettoersatzrate in der Arbeitslosenversicherung deutlich erhöht und eine Wertsicherung von Bezügen aus der Arbeitslosenversicherung geschaffen wird.